

Festakt zum 25-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft mit Delitzsch

Ansprache von Bürgermeister Daniel Zimmermann vom 03.10.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wilde, lieber Manfred,
sehr geehrter Oberbürgermeister a. D. Herr Bieniek, lieber Heinz,
liebe Delitzscherinnen und Delitzscher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Chöre, sehr geehrte Ehrengäste,

wenn wir heute den 25. Jahrestag der deutsche Einheit in Verbindung mit dem 25-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaften zwischen Delitzsch und Friedrichshafen bzw. Monheim am Rhein feiern, dann kann ich – das sage ich gleich zu Beginn ganz offen – als 33-Jähriger, der in den alten Bundesländern aufgewachsen ist, keine eigene Erinnerungen und Erfahrungen bezüglich der deutschen Teilung und ihrer Überwindung beitragen. So, wie vielen anderen Menschen in meinem Alter und vor allem natürlich denjenigen, die erst nach 1990 geboren wurden, erscheint mir die Einheit Deutschlands in der persönlichen Erinnerung als Selbstverständlichkeit. Das geteilte Deutschland habe ich aus eigener Anschauung nie bewusst erlebt.

Das mag auf der einen Seite ein großes Glück sein, wenn man bedenkt, welche Schicksale und welcher Schmerz mit der Teilung Deutschlands verbunden waren. Mich macht es auf der anderen Seite aber auch ehrfürchtig, wenn ich die Schilderung derjenigen höre, die diese Zeit aktiv miterlebt und mitgestaltet haben. Ich bin froh, durch unsere Städtepartnerschaft Menschen kennengelernt zu haben, die von der Zeit vor und nach der Wende berichten können. Es ist beeindruckend und lohnend, Leuten wie Heinz Bieniek und anderen zuzuhören, wie sich die friedliche Revolution, die Wende und die anschließende Angleichung der Lebensbedingungen vollzogen haben. Dafür, lieber Heinz, möchte ich dir und allen andere schon an dieser Stelle herzlichen Dank sagen.

Durch das, was du und andere erzählen, erfahren Menschen meiner Generation, was die Einheit Deutschlands wirklich bedeutet. Wir lernen wertzuschätzen, dass sie eben keine Selbstverständlichkeit ist. Zwar haben wir vorhin schon von der gespendeten Kehrmaschine, dem Feuerwehrfahrzeug oder den Bibliotheksregalen gehört und ein bisschen schmunzeln wir heute über diese Beispiele der geleisteten Aufbauhilfe; doch wenn wir dadurch den Eindruck erwecken sollten, als sei das Erzählte schon lange her, dann bitte ich euch, das nicht als Desinteresse misszuverstehen, sondern es vielleicht eher als Indiz dafür zu nehmen, was in den vergangenen Jahrzehnten geleistet wurde. Die Einheit Deutschlands ist gelungen. Das Leben in Delitzsch unterscheidet sich heute nicht von dem in Monheim am Rhein oder in Friedrichshafen. Es ist tatsächlich zusammengewachsen, was zusammengehört, wie Willy Brandt es 1989 vorhersagte.

Ich habe großen Respekt vor denen, die 1989 zunächst als Wenige auf die Straßen gingen und nach und nach immer mehr wurden, vor denjenigen, die die Achtung ihrer fundamentalen Grundrechte einforderten und friedliche Reformen verlangten. Ich denke, als Deutsche

können wir diesen Menschen, für das, was heute als gemeinsames Deutschland in Einigkeit, Recht und Freiheit existiert, sehr dankbar sein. Aber auch als Europäer können wir den Menschen, die durch ihre Demonstrationen 1989 mit der Mauer einen wichtigen Teil des eisernen Vorhangs zu Fall brachten, sehr dankbar sein. Sie legten gemeinsam mit den Bürgerbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei den Grundstein für ein Europa, auf dessen Frieden, Wohlstand und Freizügigkeit wir heutzutage nicht mehr verzichten wollen.

Sich daran zu erinnern und festzustellen, dass die deutsche Einheit keine Selbstverständlichkeit ist, das ist der Wert des heutigen Feiertags. Es lohnt sich vor allem deshalb, regelmäßig auf die Wendezeit von 1989 zurückzublicken, weil uns der Tag der Deutschen Einheit daran erinnern kann, welche Rechte und Werte sich durch die Wiedervereinigung für uns alle verwirklicht haben.

Das gilt zuallererst für die Freiheit, die die Demonstrantinnen und Demonstranten von 1989 in Form von Reise-, Presse- und Meinungsfreiheit einforderten. Diese Forderungen standen in einem großen Kontrast zu den damals herrschenden Reiseverboten, zu der in der DDR praktizierten staatliche Zensur und einer politisch gelenkten Presseberichterstattung. Die Menschen setzten sich für Rechtsstaatlichkeit ein anstelle von staatlicher Willkür und Stasi-Bespitzelung. Sie wollten eine echte Demokratie ohne Wahlfälschung und ohne die für nicht überwindbar geglaubte SED-Herrschaft. Sie forderten Wohlstand statt Mangelwirtschaft. Und all das wollten sie in Frieden erreichen.

Es ist doch erstaunlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Parallelen sich zur heutigen Zeit ergeben, wenn man bedenkt, dass sich in den letzten Wochen Zehntausende nach Deutschland aufgemacht haben, die genau diesen Frieden suchen, die zum Beispiel aus Syrien vor einem Diktator fliehen, dem die eigene Macht wichtiger ist als das Wohl der Bevölkerung, die aber auch vor religiösen Extremisten fliehen, denen eine fragwürdige Interpretation ihrer Religion wichtiger ist als die Würde und das Leben der Menschen, die genau derselben Religion angehören. Diese Flüchtenden machen sich auf den Weg nach Deutschland, weil sie hier neben dem angesprochenen Frieden auch Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit suchen. Es sind genau dieselben Rechte und Werte, für die 1989 Menschen in der DDR auf die Straße gegangen sind oder, weil sie nicht an die Reformfähigkeit dieses Staates glaubten, für die sie sich als Flüchtlinge über Ungarn auf den Weg in den Westen gemacht haben.

Gleichzeitig erlebt man dieser Tage, dass Europas Staaten ihre Grenzzäune verstärken – und das, nachdem doch erst vor 25 Jahren Grenzzäune innerhalb Deutschlands und später auch innerhalb Europas eingerissen wurden. Man erlebt, dass die ohnehin schon spärlichen Leistungen, die Asylsuchende in Deutschland erhalten (etwa die Hälfte bis zwei Drittel von Hartz-IV-Empfängern), noch weiter verringert oder durch Sachleistungen ersetzt werden sollen – und das in einem Land, das zwar nicht immer freiwillig und gern geteilt hat, aber unterm Strich doch mit Milliardengeldern Aufbauhilfe geleistet hat, um gleichartige Lebensstandards in Ost und West zu ermöglichen. Man erlebt sogar, dass in gewisser Hinsicht die Rechtsstaatlichkeit infrage gestellt wird, indem Asylbewerber nämlich ohne die Möglichkeit,

die Ablehnung ihres Asylantrags durch einen Widerspruch oder ein Gerichtsverfahren überprüfen zu lassen in kürzester Zeit abgeschoben werden sollen – und das in einem Land, das so viel Wert auf die Unabhängigkeit seiner Justiz legt, das stolz auf sein Bundesverfassungsgericht ist und darauf, dass jeder die Entscheidung von Behörden durch Gerichte überprüfen lassen kann.

Ich sage nicht, dass Deutschland beliebig viele Flüchtlingsaufnahmen kann, aber ich plädiere für mehr Gelassenheit und mehr Aufrichtigkeit. Die Rechte, die während der Phase der Wiedervereinigung für alle Deutschen erkämpft worden sind, müssen auch für diejenigen Menschen gelten, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Jeder Mensch, der bei uns die angesprochene Freiheit, die angesprochene Rechtsstaatlichkeit, den Frieden, die Demokratie und den Wohlstand sucht, steht mit der Suche nach genau diesen Rechten und Werten fest auf der Basis des deutschen Grundgesetzes. Solche Menschen sollten uns jederzeit willkommen sein.

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hat heute beim offiziellen Staatsakt zur deutschen Einheit in Frankfurt am Main gesagt: „In einer offenen Gesellschaft kommt es nicht darauf an, ob diese Gesellschaft ethnisch homogen ist, sondern ob sie eine gemeinsame Wertegrundlage hat. Es kommt nicht darauf an, woher jemand stammt, sondern wohin er gehen will, mit welcher politischen Ordnung er sich identifiziert.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Für Gelassenheit plädiere ich, weil die Aufnahme von Flüchtlingen, die in ihrer derzeitigen Anzahl gerade einmal 1,5 Prozent der einheimischen Bevölkerung ausmachen, uns nicht überfordern wird. Selbst wenn es irgendwann einmal drei, vier oder fünf Prozent sein sollten, wird Deutschland das nicht überfordern. Wir haben unter den Flüchtlingen, die in Monheim am Rhein untergebracht sind, viele Menschen mit Berufsrichtungen, die wir gut gebrauchen konnten. Einen jungen Kinderarzt aus Syrien, der mit dem Gedanken gespielt hat, nach Kanada weiterzugehen, konnten wir dafür gewinnen, in Monheim am Rhein zu bleiben. Wenn er einige Monate, vielleicht ein Jahr Deutsch lernt, wird er sehr bald eine Praxis bei uns eröffnen können. Es gibt Künstler, Polizisten, Dolmetscher und weitere gut ausgebildete Leute unter den Flüchtlingen. Gleiches gilt für viele andere Menschen, die zu uns kommen. Diese Leute werden den Wohlstand in Deutschland nicht schmälern, sie werden helfen, ihn zu mehren. Lassen Sie uns also nicht nur über die Risiken der Einwanderung reden, sondern lassen Sie uns, indem wir an die Aufbruchsstimmung nach der Wende denken, auch über die Chance sprechen, die mit der Zuwanderung verbunden sind.

Für mich ist eine offene Einstellung denjenigen gegenüber, die zu uns kommen, eine direkte Konsequenz aus dem, was ich über die deutsche Wiedervereinigung lernen durfte. Damals haben Sie, habt ihr es angepackt. Das können wir auch heute tun. Die deutsche Einheit bedeutet nicht nur Glück, sondern aus ihr erwächst auch eine Verantwortung. Lassen Sie sie uns gemeinsam wahrnehmen!